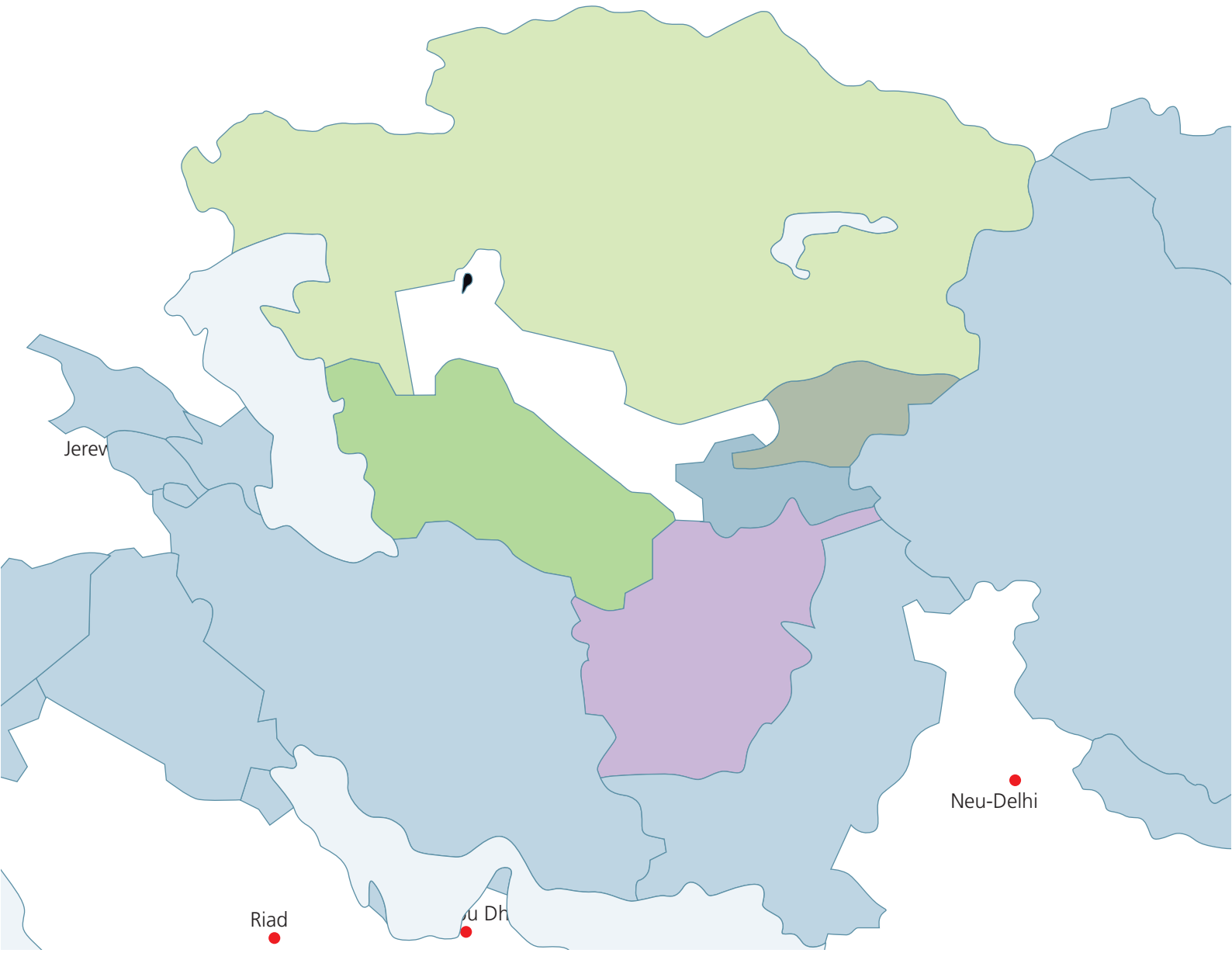
Beate Eschment

Stabilität und Sicherheit in Zentralasien unter besonderer Berücksichtigung Afghanistans

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG


Jerev
Neu-Delhi
Riad

Stabilität und Sicherheit in Zentralasien unter besonderer Berücksichtigung Afghanistans

Beate Eschment

Berlin, Juli 2009

ISBN 978-3-86872-148-5

Materialien zum Thema „Demokratieförderung“

Dr. Beate Eschment ist Redakteurin
der Zentralasien-Analysen

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Internationaler Dialog
Referat Mittel- und Osteueropa
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin

Titelfoto: 2005: Geplanter Brückenbau am Pjandsch zwischen

Vorwort

Die Friedrich-Ebert-Stiftung engagiert sich seit den neunziger Jahren in den jungen Staaten Zentralasiens, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ihre Eigenstaatlichkeit erreichten – allerdings in den von Stalin vorgeprägten Landesgrenzen. Noch sind einige Grenzverträge nicht abgeschlossen, die zwischen diesen Staaten benötigt werden.

Zwar kennt man die Legenden um Dschingis Khan und Timur Lenk, erinnert sich an den Großraum Turkestan und die prachtvolle Stadtarchitektur entlang der Seidenstraße. Aber das gar nicht so weit zurück liegende „Great Game" zwischen Zarenreich und British Empire, das in Afghanistan kulminierte, verweist uns auf eine höchst aktuelle Problematik: Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan grenzen unmittelbar an das von Staatszerfall bedrohte Afghanistan und müssen ihre Grenzen gegen die daraus resultierenden Gefahren schützen.

Wie erreichen Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und die nördlichen Nachbarstaaten Kasachstan und Kirgistan – beide grenzen an die Volksrepublik China – Stabilität und Sicherheit angesichts der negativen Dynamik in Afghanistan und angesichts der Eigeninteressen so großer Nachbarn wie Russland, China und dem Iran? Haben die USA Weltmachtinteressen, die Zentralasien in geopolitische Zerreißproben hineinziehen könnten? Wie positionieren sich die Staaten der Europäischen Union?

Während der deutschen Ratspräsidentschaft verabschiedete die Europäische Union 2007 eine Zentralasienstrategie. Sie stellt klar, dass die Staaten der EU in Zentralasien keine geopolitischen Ziele verfolgen. Die EU ist um der eigenen Stabilität und Sicherheit willen an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den fünf Staaten dieser Region interessiert. Sie möchte außerdem die regionale Zusammenarbeit der fünf Staaten untereinander fördern, damit Stabilität und Sicherheit in der Region wachsen. Dieser Ansatz ergibt sich aus dem Verständnis von Stabilität und Sicherheit, das die EU hat.

Ob dieses Verständnis möglicherweise nicht in allen Punkten von den Regierungen und Sicherheitsexperten in Zentralasien geteilt wird, war Gegenstand der ersten und der zweiten Zentralasienkonferenz im Berliner Tagungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung im Dezember 2006 und November 2007. Die dritte Berliner Konferenz im November 2008 setzte die Diskussion über die EU-Zentralasienstrategie fort und konzentrierte sich auf die Problematik der Grenzen in Zentralasien: Grenzen als Schutzvorrichtung vor Gefahren von außen oder als atmende Membran – als kommunikative Schnittstelle für den produktiven Austausch, welche insgesamt mehr gibt als nimmt? Afghanistan als besonderes Grenzproblem wurde ebenfalls intensiv behandelt.

Die Ergebnisse der dritten Konferenz hat Beate Eschment protokolliert und mit grundsätzlichen Gedanken zum Themenkomplex von Stabilität und Sicherheit angereichert. Der Fokus lag dabei nicht zuletzt auf Afghanistan. Es waren dementsprechend auch zwei Referenten aus Afghanistan und Pakistan eingeladen, um die Erörterungen mit ihrer Sicht auf Zentralasien anzureichern. Ich hoffe, dass die Berliner Zentralasienkonferenzen so produktiv bleiben, wie sie nach meiner Meinung bisher gewesen sind und dass wir sie in den folgenden Jahren fortsetzen können. Bitte schreiben Sie uns, wenn Sie mögen, ihre Einschätzung von dieser und den vorangegangenen Broschüren, die wir als Gradmesser des Diskurses zwischen EU-Europa und den jungen Staaten Zentralasiens ansehen.

Referatsleiter Mittel- und Osteuropa
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 5

1.1 Stabilität und Sicherheit im westlichen Verständnis 5

1.2 Der Krisenherd Afghanistan 6

2. Afghanistan als Sicherheitsrisiko für Zentralasien – Der regionale Kontext 8

2.1 Bedrohungen durch Islamismus und Terrorismus? 8

2.2 Gefahren aus Drogenhandel und -transfer? 12

2.3 Das Problem der Grenzen 14

3. Zentralasien-Afghanistan im internationalen Kontext 18

3.1 Einigkeit macht stark? Regionale Kooperation und Sicherheit 21

3.2 Die EU-Zentralasienstrategie 23

4. Fazit 25

Abkürzungsverzeichnis 28

Programm der Zentralasienkonferenz 29

1. Einleitung

Ohne Stabilität in Afghanistan wird die Stabilität der angrenzenden zentralasiatischen Staaten immer bedroht sein, ein stabiles Zentralasien ist aber andererseits eine wichtige Voraussetzung für dauerhafte Stabilität in Afghanistan. Dieser Befund gehört zu den Ausgangsbedingungen der EU-Zentralasienstrategie, er wurde auf den vorangegangenen Zentralasien-Konferenzen der FES immer wieder betont und auch in der Region selbst ist man sich dessen bewusst. Daher wurde die 3. Zentralasienkonferenz der FES im November 2008 ganz unter den Fokus Afghanistan – Zentralasien gestellt. Wissenschaftler und Praktiker aus Afghanistan, Pakistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan, Deutschland und dem Vereinigten Königreich diskutierten die aktuelle Situation in Afghanistan, das von dort ausgehende Sicherheitsrisiko für Zentralasien und Wege seiner Verminderung. Dabei zeigten sich über den Grundkonsens des Zusammenhanges von Stabilität in Afghanistan und Zentralasien hinaus eine ganze Reihe von Differenzen bei der Identifizierung und Bewertung stabilitätsgefährdender Faktoren und ihrer Verursacher sowie bezüglich der Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung, ja sogar schon bei der Verwendung von Begriffen. Sie markierten nicht nur Unterschiede zwischen Ost und West, auch zwischen den Vertretern der zentralasiatischen Staaten bestanden zum Teil sehr kontrovers diskutierte Meinungsunterschiede.

Im Folgenden wird nicht der Konferenzverlauf nachgezeichnet, sondern versucht, ausgehend von den Redebeiträgen der Veranstaltung, aber ergänzt durch weitere Analysen, den Problemzusammenhang Afghanistan – Zentralasien in seinem regionalen wie internationalen Zusammenhang darzustellen. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Benennung und Erklärung von Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen zentralasiatischen, afghanischen und pakistanischen Positionen auf der einen und der europäischen Wahrnehmung auf der anderen Seite gelegt. Natürlich können die gewaltigen Probleme der Region auch hier nicht gelöst werden, aber vielleicht hilft das Aufzeigen von Missverständnissen aufgrund unterschiedlicher Begriffsdefinitionen und unterschiedlicher Werte und Gesprächsstile ja ein wenig bei der Suche nach Lösungen.

„Stabilität und Sicherheit in Zentralasien unter besonderer Berücksichtigung Afghanistans“, dieser so klar formuliert wirkende Konferenztitel bedarf tatsächlich gleich in mehrfacher Hinsicht der Erläuterung. Schnell erklärt ist der Begriff Zentralasien, der wie schon bei den beiden Vorgängerkonferenzen hier ausschließlich verwendet wird für die Nachfolgerepubliken der Sowjetunion Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan und (mit den bekannten Einschränkungen) Turkmenistan. Die grundlegenden Fakten über diese Staaten werden als bekannt vorausgesetzt. Afghanistan wird nicht nur nicht als Teil Zentralasiens betrachtet, sondern ihm geradezu gegenübergestellt und – da sich Konferenz und Konferenzbericht primär nicht an Afghanistanspezialisten, sondern an Zentralasieninteressierte wendet – zumindest kurz vorgestellt. Vor allem aber bedürfen die abstrakten Begriffe Stabilität und Sicherheit des Titels der Definition:

1.1 Stabilität und Sicherheit im westlichen Verständnis

Westliche politikwissenschaftliche Definitionen gehen heute meist davon aus, dass die Stabilität, also Beständigkeit oder Dauerhaftigkeit, von Staaten auf ständiger Veränderung und Anpassung an die Verhältnisse beruht: „Nur ein System, das sich weiterentwickelt, das Herausforderungen annehmen und immer neue Lösungen für neue Probleme entwickeln kann, ist auf Dauer überlebensfähig und damit ‚stabil'.“[1] Grundannahme ist,

1 Jörn Grävingholt auf der Zentralasienkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung am 10. November 2008 (im Folgenden: FES-Konferenz 2008).

dass jeder Staat permanent mehr oder weniger stark stabilitätsgefährdenden Herausforderungen ausgesetzt ist, früher überwiegend durch Konflikte mit Nachbarn, heute eher von Innen (Bürgerkriege) oder durch globale Faktoren (Terrorismus, Umwelt, Finanzkrise). Der Staat muss ständig darauf reagieren, zugleich aber durch eine geeignete Politik und im Austausch und unter Beteiligung von Experten wie Zivilgesellschaft das Entstehen bedrohlicher Herausforderungen möglichst vermindern. Streben nach Ausgleich und Zusammenarbeit ist demnach zentral für Stabilität. Flexibel reagieren können nur Systeme, in denen viele sich einbringen können, Stabilität bedeutet nämlich nicht Abwesenheit von Widerspruch. Das heißt zusammengefasst: Stabilität ist Bewegung und Wandel, nur wer zu Wandel fähig ist, gewinnt Stabilität.

Eng verbunden mit dem Begriff Stabilität ist der der Sicherheit. Die Gewährleistung der äußeren und inneren Sicherheit gehört zu den Grundaufgaben des Staates, der eben durch die genannten stabilitätsgefährdenden Faktoren permanent bedroht ist. Unter äußerer Sicherheit wird die traditionelle Sicherheit der Grenzen und des Territoriums verstanden; innere Sicherheit betrifft primär den Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und der Bürger eines Staates. Der internationale Terrorismus hat diese Unterscheidung allerdings hinfällig gemacht, wie auch die Globalisierung eine Vielzahl global wirksamer Bedrohungen (Umwelt, cyber war, Währungsspekulation) hervorgebracht hat, denen nur noch international begegnet werden kann. Ganz allgemein hat sich nach Ende des Kalten Krieges im Westen ein umfassender Sicherheitsbegriff herausgebildet, der nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische, soziale, gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Dimension hat, bis hin zur menschlichen Sicherheit.[2] Und ganz im Sinne der Schaffung von Stabilität gilt auch hier: „Sicherheit kann in der modernen Welt nur gewährleisten, wer mit legitimer Macht ausgestattet Daseinsfürsorge in vielen Bereichen des Lebens betreibt und dazu Institutionen unterhält, die allgemein anerkannte Regeln wirksam und selbst regelkonform anwenden."[3]

1.2 Der Krisenherd Afghanistan

Afghanistan ist seit Jahrzehnten ein Land im Kriegszustand. Seit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen im Dezember 1979 ist es nie zur Ruhe gekommen. Die sowjetische Besatzung hat mehr als eine Mio. Menschenleben gekostet und ca. 7 Mio. zu Flüchtlingen gemacht. Fortwährende Kämpfe und die Entwurzelung der Flüchtlinge führten bei vielen Menschen zu einer verstärkten Besinnung auf eigene Werte und einer Traditionalisierung. Damit verbunden war ein Bedeutungsgewinn des Islam, der zum Symbol des gesamtnationalen Widerstands gegen die Sowjets wurde. Zu den Folgen der sowjetischen Besatzung gehört auch, dass ausländische Mächte (USA, Pakistan, Saudi-Arabien u.a.) begannen, antisowjetische, d.h. islamische Kräfte zu unterstützen. Der Abzug der Sowjets 1989 brachte keine Entspannung, sondern spätestens ab 1992 ein sich steigerndes Chaos und Anarchie, wobei die sich bekämpfenden Parteien weiterhin von verschiedenen ausländischen Mächten unterstützt wurden. Ab 1994 begannen die Taliban ihren Siegeszug und machten sich ab 1996 daran, einen Gottesstaat nach den Regeln der Scharia zu errichten. Zugleich war Afghanistan Ausbildungs- und Zufluchtsort für Islamisten – mit den bekannten Folgen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001, bzw. nachdem die Taliban die Auslieferung von Osama bin Laden verweigert hatten, begann am 7. Oktober 2001 die Operation Enduring Freedom (OEF) in der Erwartung einer raschen Niederlage der Taliban und eines darauffolgenden Aufbaus eines stabilen Afghanistan.[4]

Heute, acht Jahre nach Beginn von OEF, ist die Situation in Afghanistan unbefriedigend, darin stimmen alle Beobachter überein. Das Jahr 2008

2 Heinz Gärtner, Internationale Sicherheit. Definitionen von A–Z, Baden-Baden 2008, S. 213–218, 100–103.

3 Jörn Grävingholt auf FES-Konferenz 2008.

4 Einen knappen und ausgewogenen Überblick über die afghanische Geschichte aus westlicher Sicht gibt: Conrad Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, München 2004.

markierte sogar in mehrfacher Hinsicht einen traurigen Höhepunkt: schon in der ersten Hälfte des Jahres kamen nach Angaben der UN 3800 Menschen, und damit mehr als je zuvor, ums Leben. Die Taliban konnten ihre Aktivitäten außerhalb ihrer eigentlichen Hochburgen ausweiten und intensivieren, entsprechend hat Kabul immer weniger Kontrolle über das Land. Drogengeld soll inzwischen mehr als 50 % des afghanischen Nationalproduktes ausmachen. Auffällig ist ein Sicherheits- wie Entwicklungsgefälle zwischen den nordwestlichen – an Zentralasien grenzenden – „sichereren" Provinzen in Richtung Südosten, bis hin zu den außerhalb jeder staatlicher Kontrolle liegenden Stammesgebieten Pakistans. Afghanistan ist ein schwacher, wenn nicht ein failed state. Daran konnten bisher weder die in wachsender Zahl unter US-amerikanischem Kommando operierenden OEF-Truppen, noch die unter Nato-Führung für die Unterstützung der afghanischen Staatsorgane bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit zuständigen Verbände der International Security Assistance Force (ISAF)[5] etwas ändern, die gemeinsam mit der im Aufbau befindlichen afghanischen Armee den Wiederaufbau militärisch absichern und den Wiederaufbau staatlicher Strukturen wie auch der Infrastruktur zur Aufgabe haben; dies in Zusammenarbeit mit der afghanischen Armee, zurzeit ca. 83.000 Mann, die stark in den Kampf gegen die Taliban involviert ist.

Zwar weisen vor allem westliche Politiker darauf hin, dass auch positive Entwicklungen zu verzeichnen seien, zum Beispiel die Tatsache, dass heute 50% der Kinder eine Schule besuchen können (2002 waren es nur 22%) und 25% der Mädchen einen Schulabschluss nach der 9. Klasse machen. 80–85% der Afghanen haben heute Zugang zu einer medizinischen Grundversorgung und die Kindersterblichkeit ist zwischen 2001 und 2006 um ein Viertel zurückgegangen.[6] Aber auch sie müssen wie Hedi Wegener heute feststellen: „Die westlichen Staaten haben die Aufgabe Afghanistan zu befrieden unterschätzt und die Möglichkeiten Afghanistans überschätzt."[7] Die Lebenssituation der Menschen muss dringend weiter verbessert und rechtsstaatliche Strukturen müssen geschaffen werden. Diese Aufgaben müssen offensichtlich auch von Außen vorangebracht werden, wobei sie noch lange militärisch begleitet werden müssen. Entgegen den ursprünglichen amerikanischen Vorstellungen ist das Problem Afghanistan aber nicht rein militärisch zu lösen. Der Weg zu einem stabilen Afghanistan ist noch lang und steinig und wird die Nato-Staaten, also auch Deutschland, noch lange beschäftigen.

Betrachten deutsche Beobachter die Situation in Afghanistan schon mit Sorge, so gilt das umso mehr für Vertreter der benachbarten zentralasiatischen Staaten.

5 ISAF begann seine Tätigkeit in Afghanistan im Dezember 2001 nur im Bereich Kabul, 2006 wurde das Operationsgebiet auf ganz Afghanistan ausgedehnt. Zurzeit sind 42 Staaten mit ca. 62.000 Soldaten beteiligt. Stand März 2009. Vgl. http://www.hq.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/isaf_placemat.pdf.

6 Hedi Wegener auf FES-Konferenz 2008.

7 Hedi Wegener auf FES-Konferenz 2008.

2. Afghanistan als Sicherheitsrisiko für Zentralasien – Der regionale Kontext

Drei der fünf zentralasiatischen Staaten grenzen unmittelbar an Afghanistan. Tadschiken stellen in Afghanistan nach den Paschtunen mit 5–9 Mio. Menschen die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe, die Zahl der Usbeken wird auf 1,5–2,5 Mio., die der Turkmenen auf 500 Tsd. geschätzt.[8] Jahrhunderte lang bestanden enge Verbindungen über Amu-Darja und Pjandsch hinweg, Kriege und unterschiedliche Entwicklungswege haben in den letzten Jahrzehnten aber nicht nur zum Abreißen der Kontakte, sondern zu erheblichen Vorbehalten gegeneinander geführt.

Grenzlagen bergen grundsätzlich sowohl Chancen als auch Probleme, in diesem Fall überwiegen eindeutig letztere. Zentralasien hat durch das instabile Afghanistan große wirtschaftliche Nachteile. Afghanistan wirkt wie ein Riegel, der Zentralasien von den gewaltigen Märkten Indien und Pakistans und ihren Häfen abschottet, das Land selbst geht zusätzlich als naheliegender Markt verloren. Außerdem ist eine Reihe von zentralasiatischen Problemen z. B. im Energie- und Wasserbereich, nur in Zusammenarbeit mit einer funktionierenden Regierung in einem stabilen Afghanistan zu lösen, d. h. zurzeit nicht zu lösen. Vor allem aber gehen von einem instabilen Afghanistan erhebliche Sicherheitsrisiken für die zentralasiatischen Staaten aus.[9]

Dies nicht erst seit 9/11. Schon während der Zeit der sowjetischen Besatzung hatte die instabile Situation Afghanistans negative Auswirkungen auf die zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion; der Abzug der Sowjets gab Islamisten nicht nur in Afghanistan selber, sondern auch in allen Nachbarländern Auftrieb.[10] Von Beginn ihrer Eigenstaatlichkeit an wurde Afghanistan dann in den zentralasiatischen Republiken als Bedrohung von Sicherheit und Stabilität wahrgenommen, fürchtete man doch ein Herüberschwappen islamistischer Kräfte und krimineller Strukturen. Wie alle GUS-Staaten sahen auch die Zentralasiaten während des Bürgerkrieges in den neunziger Jahren die Taliban ganz klar als Bedrohung und setzten auf die Nordallianz.[11]

Nach 9/11 unterstützten die zentralasiatischen Staaten den westlichen Anti-Terrorkampf indem sie Überflugrechte gewährten und Truppenstationierungen erlaubten. So konnten die USA im usbekischen Karschi einen Stützpunkt (K-2, 2001 bis 2005) einrichten, Deutschland in Termes (2002 bis heute). In Kirgisistan entstand auf dem Flughafen von Bischkek ein US-Luftwaffenstützpunkt (Manas/Ganchi 2001–2009), in Tadschikistan hat Frankreich im Rahmen von ISAF seit 2001 ein Truppenkontingent stationiert. Selbst sind die zentralasiatischen Staaten nicht an den internationalen Truppenkontingenten in Afghanistan beteiligt.

Die Unterstützung des Anti-Terror-Kampfes fiel den Führungen der zentralasiatischen Staaten umso leichter, als damit nicht nur die Hoffnung auf eine Befriedung des unruhigen Nachbarn Afghanistan verbunden war, sondern der Kampf gegen islamistische Terroristen auch ins eigene Weltbild passte und in Usbekistan zudem die Hoffnung bestand, dass quasi als Nebeneffekt auch die Vertreter des politischen Islam in Usbekistan geschwächt würden.

2.1 Bedrohungen durch Islamismus und Terrorismus?

Islamismus und Terrorismus, von den Führungen der zentralasiatischen Staaten nach der Gleichung Islam = Islamismus = Terrorismus ganz selbstverständlich als zusammengehörig betrachtet, werden in unterschiedlichem Maße in allen Staaten

8 Die Gesamtbevölkerung Afghanistans soll 25-30 Mio. betragen. Alle Bevölkerungszahlen für Afghanistan beruhen auf Schätzungen. Angaben nach Schetter, a.a.O., S. 26f.

9 Bernd Kuzmits, Grenzüberschreitende Kooperationen. Afghanistan und seine nördlichen Nachbarn, in: Machtmosaik Zentralasien, = Osteuropa 57(2007)8-9, S. 417-432.

10 Farhadullah Farhad, Office of Administration Affairs and Secretariat of Ministers Council, Office of the President of Afghanistan, auf FES-Konferenz 2008.

11 Siehe z. B. die Beschlüsse des GUS Gipfels am 4./5.10.1996 in Almaty.

Zentralasiens als Bedrohung der Stabilität dargestellt. Insbesondere für Usbekistan gehört die Warnung vor dem Islamismus unter dem Stichwort „Wahhabiten" geradezu zu den Staatsgründungsmythen. Afghanistan galt in diesem Zusammenhang schon lange vor 9/11 als bedeutender externer Faktor. Gleichzeitig wird aber immer wieder betont, dass Terroristen keine Nation und Religion hätten.

Als Belege für die islamistisch-terroristische Bedrohung können Islam Karimow und seinen Amtskollegen der Bürgerkrieg in Tadschikistan und mehrere Überfälle usbekischer Islamisten dienen. Der tadschikische Bürgerkrieg (1992–1997) war allerdings nicht einfach, wie vielfach (nicht nur in Zentralasien) behauptet, eine Auseinandersetzung zwischen Vertretern einer säkularen Regierung mit Islamisten. Tatsächlich fanden vor dem Hintergrund einer tiefen sozioökonomischen Krise Verteilungskämpfe um Macht und Ressourcen entlang einer Vielzahl von Konfliktlinien statt, von denen Regionalloyalitäten und politische Orientierungen (Altkommunisten, „Demokraten", Islamisten) die wichtigsten waren. Afghanistan spielte in diesen Auseinandersetzungen eine nicht unerhebliche Rolle als Rückzugsraum für die Oppositionskräfte, außerdem unterstützte die Vor-Taliban-Regierung lange Zeit die tadschikischen Islamisten. Der Bürgerkrieg endete offiziell 1997 mit einem Friedensvertrag, der auch die Islamisten in die Regierung einband.[12]

Die wenigen weiteren Islamisten zugeschriebenen Vorfälle in Zentralasien hatten alle eine Zielrichtung gegen Usbekistan, auch wenn zwei Mal Kirgisistan betroffen war. Am 16. Februar 1999 explodierten in Taschkent 6 Autobomben, es gab 16 Tote und über hundert Verletzte. Eigentliches Ziel soll Präsident Karimow gewesen sein. Die Tat wird der Islamischen Bewegung Usbekistans (s. u.) zugeschrieben. Es folgte eine Repressionswelle. Im August desselben Jahres drangen Kämpfer der Islamischen Bewegung Usbekistans aus Tadschikistan kommend in das kirgisische Gebiet Batken ein. Zwar konnten sie ihr eigentliches Ziel Usbekistan nicht erreichen, aber doch durch erfolgreiche Geiselnahmen mehrere Mio. US-Dollar erpressen. Im Sommer 2000 kam es zu einem ähnlichen Vorfall. Als Reaktion verstärkte Usbekistan die Verfolgung von „Islamisten" und verminte Abschnitte seiner Grenzen zu Tadschikistan und Kirgisistan, was zu erheblichen zwischenstaatlichen Spannungen führte.

Zwar hat es 2004 Selbstmordattentate in Taschkent und Buchara gegeben, bei denen 19 Menschen zu Tode kamen, aber insgesamt kann man sagen, dass es seit der Jahrtausendwende keine einschneidenden Terrorereignisse mehr in Zentralasien gegeben hat. Ganz im Gegensatz dazu ist die Region aber 2001 – nach 9/11 – in den Fokus globaler Terrorismusbekämpfung gerückt.

Alle genannten Vorfälle werden der Islamischen Bewegung Usbekistans (engl. Islamic Movement of Uzbekistan, IMU) zugeschrieben.[13] Dabei handelt es sich um eine Organisation, die aus verschiedenen islamischen Gruppierungen Anfang der 90er Jahre im Fergana-Tal entstanden ist, sich aber erst im Sommer 1999 unter dem Namen IMU konstituiert hat. Wichtigstes Ziel ist der Sturz des usbekischen Präsidenten Islam Karimov. Staatliche Verfolgung von Anfang an konnte sie nicht von ihrem Ziel abbringen, verdrängte ihre Kämpfer aber anfangs nach Tadschikistan, wo sie sich am Bürgerkrieg beteiligten, dann nach Afghanistan. Ihr Anführer Dschuma Namangani kooperierte mit den Taliban und konnte so die beschriebenen Anschläge in Zentralasien lancieren und sich gut im Drogengeschäft positionieren. Die Luftangriffe auf Afghanistan haben der IMU schwere Verluste beigebracht. Namangani soll bei der Schlacht um Mazar-i Sharif ums Leben gekommen sein. Heute operiert die IMU unter der Führung von Tahir Joldaschev von Pakistan aus.

2002 spaltete sich von der IMU die Islamische Jihad Union (IJU) ab. Für ihre Kämpfer steht nicht mehr Usbekistan im Zentrum, sondern Afghanistan, entsprechend arbeiten sie eng mit den Taliban und Al-Qaida zusammen. Ganz offensichtlich

12 Zum Bürgerkrieg in Tadschikistan und seinen Folgen siehe: Astrid von Borcke, Der tadschikische Bürgerkrieg: Lokale Tragödie oder geopolitische Herausforderung, = BBIOst 19–1995; Lena Jonson, Tajikistan in the New Central Asia: Geopolitics, Great Power Rivalry and Radical Islam, London 2006.

13 Zu den Gruppierungen siehe: Guido Steinberg, Die Islamische Jihad-Union. Zur Internationalisierung des usbekischen Jihadismus, SWP-Aktuell 23, März 2008, = http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4826; Uwe Halbach, Zentralasien im Kampf gegen den militanten Islamismus, SWP-Aktuell 20, März 2008, = http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4804.

hat die IJU, die wohl nicht mehr als 200 Anhänger hat, Wirkung bis nach Deutschland, wie die Festnahmen im Sauerland 2007 zeigen. Der viel kritisierte Deutschlandbesuch des usbekischen Geheimdienstchefs Inojatov in Berlin unmittelbar nach der Aufhebung der Sanktionen 2008 wird mit dem Austausch von Informationen über die IJU in Zusammenhang gebracht.[14]

Der in Zentralasien auch immer wieder erwähnten Gruppierung Hizb ut-Tahrir wird von Fachleuten nur geringe Bedeutung zugeschrieben. Sie hat panislamische Ziele (Schaffung eines theokrati-

Anfechtungen geheilt und lehne, wie die absolute Mehrheit der muslimischen Bevölkerung Zentralasiens insgesamt, die Bildung eines islamischen Staates ab. Natürlich würden die gegenwärtigen Erfolge der Islamisten in Afghanistan Wirkung zeigen, aber die Ursache des Islamismus in Zentralasien bestehe darin, dass die weltliche Macht nicht in der Lage sei, wichtige gesellschaftliche und soziale Probleme zu lösen. Hier stimmen Rachmatov und Halbach also überein.

Anders als Halbach sieht Rachmatov aber langfristig, darin Forschungen seines Landsmannes Mukhabbat Salimzoda folgend,[22] eine erhebliche und steigende Gefährdung dieser Stabilität durch IMU und IJU. Zwar hätten beide Gruppierungen nach den blutigen Ereignissen in Andischan 2005 die Zielrichtung ihres Kampfes auch auf die USA, Israel, Russland und Westeuropa ausgedehnt, doch zugleich den Präsidenten Karimov, Rahmon und Akaev den Dschihad erklärt. Ganz aktuell würden kompetente Quellen ein zunehmendes Zusammenfallen der Interessen von IMU, Hizb-ut Tahrir und „Salafiten“[23] melden, die gemeinsam ein Kalifat in Zentralasien errichten wollen. Dabei fände eine Internationalisierung der regionalen Strukturen statt, die ohnehin schon unter Einfluss der radikal islamistischen Organisationen des Nahen und Mittleren Ostens stünden.

Parallel dazu sieht Rachmatov aber auch eine gefährliche Förderung der Islamisten durch Pakistan und die USA. Die Ausbildung der zentralasiatischen Kämpfer erfolge in der pakistanischen Medresse unter pakistanischer Ägide durch den ehemaligen Chef der Militäraufklärung, General Hamid Gul. Aber nicht nur das, Rachmatov geht in Hinblick auf die Verbindung von zentralasiatischen islamistischen Organisationen und dem pakistanischen Geheimdienst sogar noch weiter und postuliert ein US-amerikanisches Spiel mit Doppelstandards. Er folgt darin einem russischen Publizisten, der die IMU als „Vortrupp der westlichen Expansion“[24] nach Zentralasien mit Hilfe des pakistanischen Geheimdienstes bezeichnet. Demnach unterstützen die USA Organisationen wie die IMU, damit sie Unruhe in die zentralasiatischen Republiken bringen und deren Regierungen an ihrer eigentlich geplanten Annäherung an die Russische Föderation (RF) hindern. Gleichzeitig erhalte die IMU Unterstützung von Osama bin Laden. „Die IMU erscheint als Instrument des Drucks auf die zentralasiatischen Regime mit dem Ziel des allmählichen Eindringens der USA in diese Region.“[25] Alle engeren Partner der IMU seien für den Kampf gegen die Sowjetunion gegründet worden und bis heute nicht aus diesen Sphären herausgekommen. Die IMU solle die Führungen der schwachen Staaten der Region in Angst und Schrecken versetzen und in die Arme eines starken Partners treiben. Amerikanische Stützpunkte in Zentralasien sind nach dieser Argumentation der Beleg für den Erfolg der Taktik.

Natürlich widerspricht das offizielle Pakistan solchen Darstellungen. Laut Rustam Shah Mohmand, dem ehemaligen pakistanischen Botschafter in Afghanistan und heutigen Regierungsberater, hat der pakistanische Geheimdienst nie sezessionistische afghanische oder tadschikische Gruppierungen unterstützt. Pakistan habe Interesse an einem stabilen Afghanistan, denn es sei Opfer des Terrorismus: 1.500 Menschen, darunter bekannte Politiker, seien ihm schon zum Opfer gefallen. Pakistan habe in den letzten 20 Jahren 3,5 Mio. Flüchtlinge aus Afghanistan aufgenommen und 200 Kämpfer an die USA ausgeliefert. Ohne pakistanische Hilfe hätten die USA und die Nato in Afghanistan gar nicht operieren können. In Wissenschaft und Publizistik ist dagegen unumstritten, dass Pakistan, d. h. der Inter-Services Intelligence (ISI), ganz auf seinen Dauerkonflikt mit Indien (Kaschmir) fixiert, lange Zeit die Taliban und andere Terroristen unterstützt und Ausbildungslager in den Grenzgebieten toleriert hat. Heute ist es zwar aktiv am Kampf gegen den Terror beteiligt, aber viel zu schwach, instabil und intern zerstritten, um wirksam handeln zu können. Es hat keinerlei Kontrolle über sein Grenzgebiet zu Afghanistan und ist deshalb nach wie vor Rückzugsort von bekannten islamistischen Terroristen.[26]

---

22 Mukhabbat Salimzoda, Islam i sekuljarnoe gosudarstvo, Bishkek 2008.

23 Am 8.1.2009 wurde die neofundamentalistische Bewegung der Salafiten auf Beschluss des Obersten Gerichts in Tadschikistan verboten.

24 V. Anokhin, Chto skazal IDU. Filial „Al-Kaidy“ vyrazil volju Vashingtona? 14.9.2006. Ursprünglich erschienen bei http://www.pravda.ru/, abrufbar unter: http://www.centrasia.ru/newsA.php?st=1158254040.

25 Ebd.

26 Christian Wagner, Pakistans Interessen in Afghanistan, in: Peter Schmidt, Hg., Das internationale Engagement in Afghanistan. Strategien, Perspektiven Konsequenzen, SWP Studie 23, August 2008, S.65-69, = http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5196.

Von vielen westlichen Forschern aber auch von Vertretern der „Zivilgesellschaft“ in Zentralasien wird in diesem Zusammenhang immer wieder darauf hingewiesen, dass die reale oder postulierte islamistische Terrorgefahr den herrschenden Regimes in Zentralasien als Mittel zur Einschränkung politischer Freiheiten dient(e), als Vorwand

157.000 ha, die Opiumproduktion wird auf 7.700 metrische Tonnen geschätzt, das wären 6% weniger als im Vorjahr.[30] Allerdings sind die verbleibenden 16 südlichen Provinzen, vor allem Helmand, schon immer das Zentrum des Drogenanbaus gewesen und auch 2008 wurden hier unverändert hohe Ernten eingefahren.[31]

Die internationale Gebergemeinschaft soll bislang mehr als 100 Mio. US-Dollar für den Kampf gegen Drogen, d.h. vor allem für Ausgleichszahlungen oder Förderung von Alternativkulturen, zur Verfügung gestellt haben. Ein Erfolg wird vor allem durch die starke Korruption verhindert, denn nur ein Bruchteil des Geldes erreicht die Adressaten. Ausdruck dieses Misserfolges ist auch, dass die Nato-Verteidigungsminister im Oktober 2008 in Budapest beschlossen haben, dass die ISAF Truppen offensiv gegen Drogenhandel vorgehen sollen. Eine tatsächliche Verbesserung wird auch hier nur durch eine Verbesserung der Sicherheitslage und damit verbunden einem ökonomischen Wiederaufbau zu erreichen sein.

Die Ursachen des Drogenanbaus werden unterschiedlich dargestellt, daraus folgen dann auch verschiedene Bewertungen des Rückgangs im Jahr 2008 wie auch unterschiedliche Prognosen. Häufig angeführt wird die schwierige sozioökonomische Lage der Landbevölkerung, die schon mangels Alternative geradezu gezwungen sei, Drogen anzubauen oder sich dem außerordentlich hohen Profit beim Mohnanbau nicht entziehen könne (2008 bei schlechten Opiumpreisen 1 kg Rohopium = 61,74 US-Dollar, 1 kg Weizen = 0,6 US-Dollar).[32] Farhadullah Farhad als Vertreter der afghanischen Regierung weist dagegen darauf hin, dass nicht die Bauern die Profiteure des sehr arbeitsintensiven Mohnanbaus seien, sondern die Händler. Nach seiner Einschätzung würden die Bauern, wenn sie wirkliche Alternativen bekämen, zugreifen.[33] Die afghanische Regierung betont, dass es sich um ein internationales Problem handele, das durch westliche Nachfrage angeheizt würde,[34] entsprechend setzt sie auf internationale Hilfe. Eine UNODC-Studie hebt hervor, dass vor allem im Süden, wo die Instabilität besonders groß ist und die Taliban die Herrschaft haben, Mohn angebaut werde. Den Rückgang 2008 führt UNODC auf ungünstige Witterungsbedingungen, wegen Überproduktion gesunkene Opiumpreise und Druck der Regierung zurück.[35] Die Erfolge internationaler Programme bewertet sie auffallend zurückhaltend, Besserung könnten nur strukturelle und volkswirtschaftliche Veränderungen im Staat Afghanistan, Sicherheit und Kampf gegen die Korruption bringen. Der kirgisische Wissenschaftler Atai Moldobaev als Vertreter eines vom Drogentransfer betroffenen Landes bezweifelt nicht nur die Erfolge der internationalen Programme wie die Möglichkeit der langfristigen Stabilisierung Afghanistans, er sieht sogar die Vereinigten Staaten als Verursacher und Profiteur des Drogenhandels. Wie einige andere Kommentatoren auch, ignoriert er die Tatsache, dass der Drogenanbau 2001 schon vor Beginn von OEF wieder stark angestiegen war und betont stattdessen, dass die Taliban im Jahr 2000 erfolgreich den Drogenanbau bekämpft hätten, aber infolge der OEF dann wieder ein enormer Anstieg zu verzeichnen gewesen sei. Für ihn folgt daraus, dass die USA sich öffentlich gegen Terrorismus und Drogen wenden, tatsächlich aber Instabilität, Terrorismus und Drogen in die Region gebracht hätten.[36]

Die ganz überwiegende Menge afghanischer Drogen wurde und wird über Iran und Pakistan außer Landes gebracht. Zentralasien ist vom afghanischen Drogentransfer erst seit Zerfall der Sowjetunion betroffen, als ineffektive Sicherheitsstrukturen,

30 Afghanistan Opium Survey, November 2008, = http://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Afghanistan_Opium_Survey_2008.pdf.
31 Afghanistan Opium Survey 2008, August 2008, S.3, = http://www.unodc.org/documents/publications/Afghanistan_Opium_Survey_2008.pdf.
32 UNODC, Afghanistan. Opium Winter assessment, January 2009, = http://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/ORA_report_2009.pdf, S. 19.
33 Farhadullah Farhad auf FES-Konferenz 2008.
34 Ahto Lobjakas, a.a.O.
35 UNODC, 2009, a.a.O., S. 14.
36 Moldobaev bezieht sich dabei auf anti-amerikanische Verschwörungstheorien eines ominösen kanadischen think tank, auf dessen Seiten ein Prof. Chossudovsky Verbindungen zwischen CIA und Al Qaida unterstellt (Michel Chossudovsky, Fabricating an Enemy. It is the Bush administration, rather than Bagdad, which is supporting Al Qaeda, 28 January 2003, =http://globalresearch.ca/articles/CHO301B.html) und das Interesse der amerikanischen Regierung und ihrer Spezialeinheiten am Wachstum der Drogenindustrie behauptet. (M. Chossudovsky, The Spoils of War: Afghanistan's Multibillion Heroin Trade. Washington's Hidden Agenda: Restore the Drug Trade, May 5, 2006, = http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=91; ders., Who benefits from the Afghan Opium Trade? Sept.21, 2006, = http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=3294).

machen. Auch jeder europäische Gast, der einmal einen zentralasiatischen Grenzkontrollpunkt passieren musste, weiß ein Lied davon zu singen.

Das Thema Grenzen war in Zentralasien lange Zeit durch einen auffälligen Zwiespalt gekennzeichnet. Während dem Grenzschutz viel zu wenig Aufmerksamkeit (und Geld) zugebilligt wurde, waren Verlauf und Definition der Grenzen als solches ein zwischen- wie innerstaatlich heftig und emotional diskutiertes Thema.

Das (durch Staatsgrenzen definierte) Staatsgebiet gilt neben Staatsvolk und Staatsgewalt als Grundmerkmal eines Staates. Entsprechend groß war und ist die Aufmerksamkeit der jungen zentralasiatischen Nationalstaaten für die Grenzen ihres Territoriums. Und die sind in mehrfacher Hinsicht problematisch, wurden doch 1991 innersowjetische Verwaltungsgrenzen zu völkerrechtlich verbindlichen Staatsgrenzen. Diese Grenzen sind erst 1924 von den Bolschewiki gezogen und mehrfach verändert worden, bis 1936 die (multinationalen) Unionsrepubliken Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan geschaffen wurden. Dieser unter dem Stichwort „Nationale Abgrenzung“ bekannte, auch heute noch umstrittene, Vorgang erfolgte nach theoretischen, macht- und nationalitätenpolitischen sowie öko-

Grenzabschnitte behauptete, sie sei als Verteidigung der nationalen usbekischen Interessen notwendig gewesen, da der frühere kirgisische Präsident Askar Akaev mehrfach öffentlich erklärt habe, dass Kirgisistan seine Grenzen nicht für fremde Terroristen schließe – was natürlich wiederum Widerspruch bei kirgisischen Konferenzteilnehmern hervorrief.

Das nahezu ungehinderte Eindringen von Terroristen nach Kirgisistan 1999 bewirkte auch, dass in allen zentralasiatischen Staaten mehr Aufmerksamkeit auf die Grenzsicherung gelegt wurde. Die Bemühungen um die Delimitierung strittiger Grenzabschnitte wurden zumindest verstärkt, zwischen fast allen Staaten ein Visaregime eingerichtet und die Grenztruppen besser ausgerüstet. Doch besteht großer Modernisierungs- und Ausbildungsbedarf. Hier setzt u.a. das „European Border Management Programme in Central Asia" (BOMCA) an,[47] eine europäische Initiative", die seit 2002 unter dem Motto: „More open, more secure" unter dem Dach der UN in allen zentralasiatischen Staaten Unterstützung beim Ausbau des Grenzmanagements leistet. Mit BOMCA verknüpft arbeitet außerdem seit 2003 CADAP (EU Central Asia Drug Action Programme).[48] Außerdem waren den Themen Grenzmanagement, Drogenbekämpfung und nationale Grenzstrategien bereits mehrere internationale Konferenzen von EU, OSZE, UNDP, UNODC, den zentralasiatischen Staaten sowie der Shanghai Cooperation Organization (SCO) und der Collective Security Treaty Organization (CSTO) gewidmet.

Die Probleme der Grenzsicherung wie auch die Tätigkeit der BOMCA lassen sich beispielhaft an der Grenze zwischen Afghanistan und Tadschikistan beobachten. Diese mehr als 1.200 km lange, schwer zu sichernde Hochgebirgsgrenze wurde bis zum Sommer 2005 von Grenztruppen der Russischen Föderation geschützt, erst dann übernahmen tadschikische Grenztruppen diese Aufgabe. Ihre Situation ist problematisch, denn die technische Ausstattung ist mangelhaft, der Ausbildungsstand gering und die rechtlichen Grundlagen für ihre Tätigkeit fehlen, Korruption ist verbreitet. Dies wird auch in seltener Übereinstimmung von Ost und West so gesehen. Geordnete Verhältnisse an der Grenze wären nicht nur für die staatliche Sicherheit von Bedeutung, sondern auch für die Bevölkerung und die Wirtschaft auf beiden Seiten der Grenze. Geordnet bedeutet, dass die Grenze undurchdringlich für Straftäter sein müsste, die Normalbevölkerung sie aber in angemessenem Zeitaufwand und ohne Sonderzahlungen überschreiten können müsste. Märkte an der Grenze könnten den Lebensstandard auf beiden Seiten erhöhen, wären also eine Form von Armutsbekämpfung und zugleich eine vertrauensbildende Maßnahme, denn durch diese Integration von unten würden die Menschen auf beiden Seiten der Grenze wieder miteinander in Kontakt kommen.

Die tadschikisch-afghanische Grenze gehört zu den Prioritäten des BOMCA-Programms. Es konnte nicht nur die technische Ausrüstung erneuert und die Infrastruktur modernisiert werden, sondern es wurde auch die Ausbildung der Grenzer verbessert und computerbasierte Datenbanken eingerichtet. Des Weiteren wurden die Lebensbedingungen an den teilweise zivilisationsfernen Grenzposten verbessert.[49] Es gibt eine ähnliche Initiative zur Verbesserung des Grenzmanagements auf der afghanischen Seite (BOMBAF).

Nach Selbsteinschätzung von BOMCA zeigt das Programm gute Ergebnisse, weil alle Betroffenen die Neuerungen als überzeugend und vorteilhaft empfinden und die Akzeptanz daher groß ist.[50] Es gibt aber in Zentralasien wie in Europa durchaus kritischere Stimmen was den Erfolg betrifft: Qosimscho Iskandarow meint ganz grundsätzlich, dass die Grenze noch keineswegs sicherer geworden sei.[51] Andere Stimmen beklagen z. B. die mangelnde Abstimmung der Geberländer, die zu vermeidbaren Problemen wie der technischen In-

47 Siehe: http://bomca.eu-bomca.kg/en/about.

48 Siehe: http://cadap.eu-bomca.kg/.

49 Eine plastische Beschreibung der Situation an der Grenze und der BOMCA-Maßnahmen gibt: Richard Lewington, CADAP und BOMCA. EU-Programme zur Einführung eines modernen Grenzmanagements in Tadschikistan, in: Zentralasien-Analysen 15/2009, = http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen15.pdf, S.6-9.

50 Richard Lewington, bis Ende 2008 Chief Technical Advisor BOMCA/CADAP in Tadschikistan, auf FES-Konferenz 2008.

51 Kosmischo Iskandarow, Grenzordnung und Grenzmanagement in Zentralasien. Das Beispiel Tadschikistan, in: Zentralasien-Analysen 15/2009, a.a.O., S. 2-6.

kompatibilität von Geräten führt, vor allem aber, dass eine mit westlicher Technik verbesserte Grenzkontrolle die Grenzen sicherer, aber zugleich undurchdringlicher mache - weil die Grenzbeamten sie zur Machtausübung und zum Gelderwerb nutzen.[52]

In Bezug auf das Thema Grenzen besteht wegen der Verminung und der noch ungeklärten Grenzabschnitte ganz offensichtlich ein hohes Konfliktpotential zwischen einzelnen Staaten Zentralasiens. Die Probleme an den Grenzen mit Afghanistan sind zwar eigentlich strukturell größer und bedrohlicher, zugleich aber weniger konkret auf „Schuldige" zurückzuführen und von daher weniger „heiß".

Wenn man also in Bezug auf die Bedrohungen durch Islamismus und Drogen sowie die problematischen Grenzen überhaupt einen gemeinsamen Standpunkt der verschiedenen zentralasiatischen Staaten feststellen will, dann den, dass die jeweiligen Ursachen primär nicht im eigenen Land liegen, sondern in anderen Staaten, insbesondere in Afghanistan.

52 Nick Megoran, Central Asia: Rethinking Border Control Assistance, Eurasia insight 12/3/2007, = http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav120307a.shtml; Bernd Kuzmits, Grenzüberschreitende Kooperation, a.a.O., S. 421-423.

3. Zentralasien – Afghanistan im internationalen Kontext

Bei der großen Bedeutung, die man in Zentralasien dem äußeren Faktor Afghanistan als Bedrohung der eigenen Stabilität und Sicherheit beimisst, sollte man auch ein großes Engagement zur Lösung dieses Unruheherdes erwarten. Die Möglichkeiten der zentralasiatischen Staaten im globalen Rahmen sind jedoch in mehrfacher Hinsicht eingeschränkt, operieren sie doch als international relativ unbedeutende Akteure in einem schwierigen globalen geopolitischen Spannungsfeld.

Ein Ansatz zur langfristigen Schaffung eines stabilen Afghanistan war die Unterstützung der westlichen Truppen. Jeder Beschluss über amerikanische Truppenstationierungen in Zentralasien tangiert aber nicht nur Zentralasien, die USA und Afghanistan, sondern auch Russland. Der Kampf gegen den Terrorismus, verstanden als islamischer Extremismus, hat auch innerhalb der Russischen Föderation hohe Priorität und der Kreml hat(te) ein geradezu existenzielles Interesse an Stabilität in Zentralasien (und Afghanistan).[53] Wie die zentralasiatischen Staaten hat auch die Russische Föderation die westlichen Koalitionsstreitkräfte im Winter 2001/02 unterstützt. Zugleich betrachtet Russland aber die Nachfolgestaaten der Sowjetunion als besonderes Einflussgebiet. Entsprechend wurden unter Putin die amerikanischen Stützpunkte in Zentralasien mit Unbehagen betrachtet, aber toleriert, denn das amerikanische Engagement in Afghanistan war auch für Russland von Vorteil. Seit aber klar wurde, dass Afghanistan nicht mit einem zeitlich begrenzten Militärschlag zu befrieden und stabilisieren sein würde, wuchs neben der Genugtuung darüber, dass die Amerikaner an Afghanistan zu scheitern drohten, wie zwanzig Jahre zuvor die Russen, die Sorge – und das Unbehagen über die amerikanische Dauerpräsenz im eigenen Hinterhof.

Für die zentralasiatischen Staaten bedeutet das, dass sie sich in einem Spannungsfeld russischer und amerikanischer/westlicher geopolitischer Rivalitäten bewegen. Bei einer Annäherung von USA und Russischer Föderation ist ihr Spielraum begrenzt, in Phasen divergierender Interessen können sie von der Rivalität profitieren. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Vorteile i.w.S., sondern auch um internationales Standing und ein Abwägen zwischen Russland und dem Westen. Mit der Russischen Föderation teilt man das Feinbild und die Vorgehensweise gegen Islamismus und Terrorismus, stört sich aber an Vormachtansprüchen und dem Auftreten als älterer Bruder, die westlichen Staaten haben für Stationierungsmöglichkeiten (und Energielieferungen) großzügige finanzielle Angebote gemacht, stellen aber immer mal wieder Forderungen in Bezug auf die Einhaltung von Mindeststandards bei Demokratie und Menschenrechten. Am auffälligsten sind die daraus folgenden außenpolitischen Schwankungen bei Usbekistan; Kirgisistan ist es lange Zeit mit einer berechenbarer wirkenden Politik gelungen, das Beste für sich aus der Situation herauszuholen.

Die innenpolitische Debatte in Kirgisistan im Vorfeld des Beschlusses zur Schließung der US-Luftwaffenbasis, aber auch die zuvor erwähnten verschwörungstheoretischen Überlegungen von Rachmatov und Moldobaev deuten darauf hin, dass es nicht nur in Russland, sondern auch in Zentralasien Bedenkenträger gegenüber der amerikanischen Truppenpräsenz gab. Aber offensichtlich ist den zentralasiatischen Führungen wie der russischen auch klar, dass der Kraftakt Afghanistan nur in Zusammenarbeit mit dem Westen zu bewältigen ist. Entsprechend haben sie auch zusammen mit der Russischen Föderation auf dem Nato-Gipfel im Bukarest Anfang April 2008 verstärkte Bereitschaft zur Kooperation mit dem Westen in Afghanistan bekundet.[54]

Im Winter 2008/09 wurden die Karten in vielerlei Hinsicht neu gemischt. Die USA unter ihrem neuen Präsidenten Obama billigen Afghanistan er-

53 Christian Wipperfürth, Russland – Zentralasien – Afghanistan: Ein Beziehungsgeflecht, = DIAS-Analyse 33/2008, S.4, = http://www.dias-online.org/fileadmin/templates/downloads/DIAS_Analysen/DIAS_Analyse_33_Wipperfuerth_Zentralasien_080629.pdf.

54 Vgl. http://www.nato.int/docu/pr/2008/p08-049e.html, Punkt 29.

höhte Priorität zu, d.h. mehr Verhandlungsbereitschaft sowohl in Afghanistan, als auch gegenüber Russland, aber auch mehr Truppen und verstärkten militärischen Druck. Gleichzeitig werden die bisherigen westlichen Nachschubrouten durch Pakistan immer unsicherer. Die Bedeutung Zentralasiens wie Russlands für die Versorgung der ISAF wächst daher.

Jedoch hat Kirgisistan am 3. Februar 2009, wohl befördert durch erhebliche Finanzzusagen Russlands, die Schließung der amerikanischen Luftwaffenbasis auf dem Manas-Flughafen beschlossen. Die Präsenz der Amerikaner war im politisch unruhigen Kirgisistan zunehmend umstritten, Präsident Bakijew erhoffte sich mit diesem finanziell lukrativen Beschluss ein verbessertes innenpolitisches Standing.

In Reaktion darauf haben die anderen zentralasiatischen Führungen dem Westen Unterstützung angeboten. Tadschikistan erlaubt den Transport ziviler Güter über sein Staatsgebiet, Usbekistan, dem wegen seiner besseren Infrastruktur noch mehr als bisher eine Schlüsselfunktion zukommt, ebenso. Kasachstan hat zusätzlich sogar personelle Unterstützung beim Wiederaufbau Afghanistans signalisiert. Dort hatte man schon im November 2008 darüber nachgedacht, ob das Land nach Abzug seiner Truppen aus dem Irak in Afghanistan aktiv werden solle. Selbst Kirgisistan hat unabhängig von der Schließung des US-Luftwaffenstützpunktes den Transport nichtmilitärischer Güter über sein Territorium erlaubt und sogar Turkmenistan hat seinen Luftraum für den Transport nichtmilitärischer Güter nach Afghanistan freigegeben. Die Führungen der zentralasiatischen Staaten sind also eindeutig an einem weiteren westlichen Engagement in Afghanistan interessiert. Und zwar nicht nur im Interesse der Stabilisierung Afghanistans, ein rein russisches Engagement kann auch geopolitisch nicht in ihrem Interesse sein.[55]

Über die russische Haltung zum internationalen Afghanistaneinsatz und die Motive, die hinter Russlands Bemühen um die Schließung der amerikanischen Luftwaffenbasis in Kirgisistan standen,[56] ist viel spekuliert worden. Ein Sieg der Taliban ist keinesfalls in seinem Interesse und die aktuelle Lage in Afghanistan daher auch für den Kreml besorgniserregend. Da ein russisches militärisches Engagement aber nicht zur Debatte steht, unterstützt man folglich die Nato und hat ihr auch Transitrechte gewährt. Amerikanische Truppenstationierungen in Zentralasien werden allerdings nicht unterstützt, selbst wenn das die Situation in Afghanistan verschärfen sollte. Westliches Afghanistanengagement ist also erwünscht und wird unterstützt, aber zu Moskauer Konditionen.[57]

Die militärische Befriedung Afghanistans ist nur ein Weg hin zu mehr Stabilität im Süden Zentralasiens. Ein weiterer sind Initiativen zur Lösung des Afghanistanproblems am Verhandlungstisch. Hier ist es allen Vertretern zentralasiatischer Staaten vor allem wichtig, als betroffene Nachbarländer beteiligt zu werden. Anders als der Iran, der von der US-Politik aus politischen Gründen ausgeschlossen blieb, und Pakistan wurden die nördlichen Nachbarländer bisher in westlichen Überlegungen oft schlicht vergessen.

Die Vorschläge, die Vertreter der zentralasiatischen Staaten zur Stabilisierung Afghanistans auf dem Verhandlungsweg machen, sind geradezu symptomatisch für die Außendarstellung ihrer Länder und ihre Haltung gegenüber internationaler Kooperation.

Kirgisen plädieren für eine möglichst starke Einbindung Afghanistans in die internationale Gemeinschaft und die Schaffung neuer regionaler Zusammenschlüsse, die dann Foren für die Suche nach Friedenslösungen sein sollen. So bedauert Esen Usubalijew,[58] dass Afghanistan bis heute kein

55 Stephen Blank, Beyond Manas: Russia's Game in Afghanistan, in: CACI Analyst 02/11/2009, =http://www.cacianalyst.org/?q=node/5036.

56 Von russischer Seite wird ein Zusammenhang zwischen dem Beschluss der kirgisischen Regierung, den Luftwaffenstützpunkt zu schließen und den großzügigen russischen Finanzzusagen geleugnet. Siehe z.B. die Äußerungen des russischen Verteidigungsministers Sergej Lawrow im Spiegel 8/2009, S. 107.

57 Andrea Schmitz, Uwe Halbach, Planspiele am Hindukusch. Die drohende Schließung der amerikanischen Militärbasis in Kirgisien verengt die Spielräume der Nato in Afghanistan, SWP-Aktuell 10, Feb. 2009, = http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5795.

58 Esen Usubaliev auf FES-Konferenz 2008.

vollwertiges Mitglied der internationalen Gemeinschaft sei und beklagt, dass es kein regionales Bündnis für Sicherheit und Stabilität oder eine Organisation mit dem ausschließlichen Ziel Sicherheit in Afghanistan und Zentralasien zu schaffen gäbe. Trotz oder gerade wegen der Konkurrenz bzw. der angespannten Beziehungen zwischen vielen der infrage kommenden Staaten, plädiert er für die Gründung einer Gesamtasiatischen Organisation für Sicherheit, wie sie schon seit Gründung der KSZE (ergebnislos) angedacht wurde.

Während derartige kirgisische Überlegungen mehr theoretischer Natur sind, ist Usbekistan 2008 mit einer eigenen Initiative an die Weltöffentlichkeit getreten, die zugleich dazu diente, die besondere Rolle des Landes wie seines Präsidenten hervorzuheben. So heißt es von usbekischer Seite nicht nur, dass Präsident Karimow seit der Unabhängigkeit immer wieder mit konkreten Vorschlägen und „optimalen" Initiativen aufgetreten sei, sondern das Usbekistan auch eines der wenigen Länder sei, das Wert auf ein stabiles Afghanistan lege.[59]

Die Initiative, die Präsident Karimov auf dem Bukarester NATO/ EAPC (Euro-Atlantic Partnership Council) Gipfel Anfang April 2008 vorgestellt hat, sieht vor, dass nach dem Vorbild der 6+2 Kontaktgruppe (China, Iran, Pakistan, Russische Föderation, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Afghanistan), die von 1997 – 2001 unter UN-Schirmherrschaft nach Friedenslösungen für Afghanistan gesucht hatte, sich nun eine 6+3 Gruppe konstituieren soll.[60] Mitglieder sollen Russland, USA, die Nato und die sechs Nachbarländer, also Iran, China, Pakistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan, plus afghanische Regierungsvertreter und Vertreter der Konfliktgruppen sein. Unter der Ägide der UN, d. h. des Sondergesandten für Afghanistan, sollen sie nach gemeinsamen Prinzipien und Zielen zur Lösung des Afghanistan-Problems suchen und die Weltgemeinschaft beim Wiederaufbau und der ökonomischen Wiederbelebung Afghanistans wie auch bei Reformen zur Staatsbildung und Stärkung von Staatsmacht wie Zivilgesellschaft unterstützen. Die Initiative steht zeitlich in einer Reihe mit anderen Initiativen Karimows, die alle auf wenig Gegenliebe bei den Betroffenen der internationalen Öffentlichkeit gestoßen sind, so der zeitgleich veröffentlichte Vorschlag die Eurasion Economic Community (EurasEC) und CSTO zu fusionieren. Ziel war es offenbar, Usbekistan als Akteur in Bezug auf Afghanistan einzubringen und sich den USA anzudienen. Politisch hat die Initiative wenig Resonanz gefunden. Einzelne Kommentatoren bewerteten sie positiv,[61] es gab aber auch Stimmen, die sie für nicht akzeptabel für die USA[62] oder im Gegenteil für Russland[64] hielten.

Die in allen zentralasiatischen Staaten übereinstimmende Einschätzung, dass die Lage in Afghanistan besorgniserregend und für die gesamte Region bedrohlich sei, führt nicht zu gemeinsamen Initiativen, sondern es werden allenfalls bilateral Kontakte nach Afghanistan aufgebaut und Verträge geschlossen. Und dies weniger im Bereich Sicherheit als der Infrastruktur. So wird zum Beispiel in Usbekistan zurzeit eine Hochspannungsleitung errichtet, über die Afghanistan mit Strom versorgt werden soll und in Tadschikistan wurde Mitte März 2009 der erste Bauabschnitt einer Eisenbahnlinie, die dermaleinst Duschanbe mit Afghanistan verbinden soll, begonnen. Dabei würde nicht nur die Sichtbarkeit und Wirkung zentralasiatischer Initiativen in Bezug auf Afghanistan erhöht, wenn die Staaten einig auftreten würden, sondern regionale Zusammenschlüsse wären auch besser geeignet, Sicherheitsbedrohungen wie Terrorismus und Drogenhandel zu begegnen.

59 Azamat Toshev auf FES-Konferenz 2008.

3.1 Einigkeit macht stark? Regionale Kooperation und Sicherheit

Die Idee der regionalen Kooperation der zentralasiatischen Staaten ist fast so alt wie die Staaten selber. Westliche Politiker versuchen geradezu gebetsmühlenartig ihren zentralasiatischen Kollegen mit vielen überzeugenden Gründen die möglichst enge Zusammenarbeit nahezulegen, ohne sichtbaren Erfolg. Während man sich im Westen daran gewöhnt hat, von „Zentralasien" zu sprechen, wenn man die fünf Republiken meinte, die in der Sowjetunion unter dem Stichwort Mittelasien und Kasachstan subsumiert wurden, taten und tun sich die jungen Staaten schwer mit jeder Art von Zusammengehörigkeitsgefühl und Zusammenarbeit. Dabei spielen nicht nur alte, aus der Sowjetzeit stammende, Rivalitäten eine Rolle, sondern auch die verständliche Tatsache, dass die zentralasiatischen Staaten als junge Nationalstaaten besondere Probleme haben, ihre gerade erst erhaltenen Souveränitätsrechte schon wieder teilweise abzutreten. Niemand lehnt Kooperation von Grund auf und für immer ab, doch wird sie von den Führungen der einzelnen Staaten auf die verschieden lange Bank geschoben. Neben den Freunden der Integration (Kasachstan, aber auch Kirgisistan) steht Usbekistan als Integrationsskeptiker und natürlich Turkmenistan mit seinem Status als „neutraler Staat", das allerdings neuerdings vorsichtiges Interesse an internationaler Anbindung zeigt.

Vor allem von usbekischer Seite werden immer wieder Vorbehalte gegen regionale Integration vorgebracht, die ihren Grund nicht nur, wie immer wieder behauptet, in der Konkurrenz mit dem in Hinblick auf Integration so aktiven Kasachstan haben, sondern offensichtlich auch in der Angst vor jeder noch so kleinen Abgabe von Souveränität. Entsprechend betonen Usbeken die Nachteile und Hindernisse von regionaler Kooperation, die große Unterschiedlichkeit der Staaten in jeder Hinsicht zum Beispiel und die geringe Effizienz aller bisherigen Zusammenschlüsse.[64] Letzteres nicht ganz ohne Grund, sind doch viele der bisher existierenden Bündnisse an ihrer Ergebnislosigkeit gescheitert – weil sie sich zu viele, zu hohe und zu abstrakte Ziele gesetzt hatten.

In den letzten Jahren entstanden sind aber im Prozess ständiger Umbenennung und -bildung Verbünde, in denen die zentralasiatischen Staaten unter Beteiligung Russlands, nichtzentralasiatischer GUS-Staaten und/oder Chinas Mitglied sind. In Bezug auf Afghanistan und den Kampf gegen Terrorismus und Drogen sind hier die SCO[65] mit ihrer speziellen Anti-Terror Intelligence Einheit und die CSTO[66] zu nennen. Afghanistan hat in der SCO Beobachterstatus. Der Kampf gegen Terrorismus, Extremismus und Drogen gehört zu den Kernaufgaben beider Organisationen,[67] ohne dass bisher durchschlagende Erfolge zu verzeichnen waren. In jüngster Zeit sind allerdings verstärkte Aktivitäten zu erkennen. Zum Beispiel wurde am 4. Februar 2009 auf einem Gipfeltreffen der CSTO beschlossen, gemeinsame Schnelle-Eingreif-Truppen einzurichten, die nach den Worten des außenpolitischen Beraters des russischen Präsidenten, Sergej Prichodko, u.a. gezielte Operationen gegen internationalen Terrorismus und Extremismus, grenzüberschreitende Kriminalität und Drogenhandel durchführen sollen. Afghanistan gilt nach Meinung der CSTO als die größte Sicherheitsbedrohung.[68]

Manche Beobachter betrachten die eurasischen Bündnisse als Moskauer Institutionen, um die zentralasiatischen Staaten an sich zu binden. Selbst wenn dem so sein sollte, hat der Fall Süd-Ossetien im Herbst 2008 die Grenzen dieses Bemühens gezeigt. Viel eher scheint vor allem die SCO geeignet, die Verhandlungsposition der zentralasiatischen Staaten durch Lavieren zwischen den Großmächten zu verbessern, innerhalb der SCO zwischen Russischer Föderation und China,

64 Bakhtijor Ergaschew, Ildus Kamilow, Regionale Integration in Zentralasien: Blick aus Usbekistan, in: Zentralasien: Der Blick nach Außen: Internationale Politik aus zentralasiatischer Sicht, Hg. Wulf Lapins, Bischkek 2008, S. 596-606.

65 Mitglieder: Russische Föderation, China, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan.

66 Mitglieder: Russische Föderation, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Armenien, Belarus, Usbekistan.

67 Vgl. Charta der SCO: Khartija Shankhajskoj Organizacii Sotrudnichestva, Sankt Peterburg, 7.6.2002, = http://www.sectsco.org/RU/show.asp?id=86.

68 Vladimir Socor, The CSTO: Missions, Capabilities, Political Ambitions, in: Eurasia Daily Monitor, Vol. 6, No 25, February 6, 2009 = http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=34473; Russian-Led CSTO Grouping Adds Military Dimension, 4.2.2009, = http://www.rferl.org/articleprintview/1379324.html.

nach Außen zwischen CSTO/SCO und Nato.[69] Aber auch in diesen Bündnissen agieren die zentralasiatischen Führungen nicht gemeinsam, sondern konkurrieren miteinander.

Auch wenn ganz allgemein eine verstärkte Kooperationsbereitschaft vor allem im Rahmen der SCO festgestellt wird, leiden beide Bündnisse weiterhin nicht nur an fehlenden Implementierungskontrollen, sondern auch strukturell an extrem asymmetrischen Machtverhältnissen und einer unterschiedlichen Perzeption von Bedrohungen. Damit verbunden sind ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber den Partnern und gegenseitige Beschuldigungen, nicht genug gegen Terrorismus und Drogen zu tun. Neuerdings wird von kirgisischer Seite sogar noch ein wachsendes Misstrauen konstatiert, vor allem aber eine zunehmende Entfremdung zwischen den führenden und den kleinen Staaten der Region. Erstere würden in Bezug auf Energie, Wasser und Grenzen ganz unverhohlen Druck auf die kleinen Staaten ausüben, ohne dass eine internationale Organisation ausgleichend wirken könne.[70] Zusätzlich wird, nicht zu unrecht, befürchtet, dass die globale Finanzkrise als neues Integrationshemmnis wirken wird, weil jeder Staat für sich und gegen die anderen agieren wird, obwohl gemeinsam vieles leichter wäre.[71] Dies gilt nicht nur für die bestehenden eurasiatischen Bündnisse, sondern für alle Kooperationsversuche zwischen zentralasiatischen Staaten. Die Perspektiven für eine baldige zentralasiatische Kooperation sehen also, obwohl ihre Notwendigkeit auch von zentralasiatischen Politikern in Worten immer häufiger anerkannt wird, nicht gut aus. Es ist Alischer Fajizullaev zuzustimmen, dass noch sehr viel Gespräche und vor allem Geduld nötig sein werden, bis den Worten Taten folgen werden.[72] Und auch bei diesem Thema wird von zentralasiatischer Seite oft angeführt, dass die Russische Föderation (wie auch die USA) nicht an einer Kooperation der zentralasiatischen Staaten interessiert sei und sie daher behindere, während von westlicher Seite entgegensetzt wird, dass Kooperation in Zentralasien nicht von außen, sondern von innen blockiert werde.[73]

Über den richtigen Weg und die zugrundeliegenden Prinzipien einer Kooperation oder Integration, die beste Reihenfolge, die notwendigen Institutionen und Themenbereiche etc. gibt es eine Vielzahl von theoretischen Überlegungen und Modellen – die bisher alle an der Realität gescheitert sind. Und nicht ein solches durchdachtes theoretisches Großmodell fand spontanen Beifall aller anwesenden Zentralasiaten auf der FES-Konferenz 2008, sondern der Vorschlag, dass Kooperation und Integration auch von unten stattfinden müsse und daher Grenzmärkte und Kooperationen zwischen Grenzregionen ein erster, wesentlicher Schritt seien.[74] Vielleicht läge hier ja ein erfolgversprechender Ansatzpunkt für europäische Unterstützungsmaßnahmen.

Die Europäische Union wird von zentralasiatischen Befürwortern der regionalen Kooperation häufig als Beispiel und Vorbild angeführt, wegen ihrer Erfahrung mit Integrationsprozessen, ihrer einzigartigen entwickelten Verhandlungsmechanismen und gemeinsamen Institutionenbildung. Es gibt aber auch Wissenschaftler wie die kasachstanischen Autoren Andrej Tschebotarjow und Iljas Karsakow, die die Situation nach dem Zerfall der Sowjetunion nicht für vergleichbar mit der Westeuropas nach dem 2. Weltkrieg halten. Zudem wären in Europa große Staaten zur Aufgabe ihrer Souveränität bereit gewesen, eine Vorstellung die den Zentralasiaten heute völlig fremd sei. Für sie ist die europäische Erfahrung nur in einem Punkt lehrreich: der Integrationsprozess erfordert Geduld und dauert Jahrzehnte.[75] Der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) erscheint ihnen als Vorbild geeigneter. Andere zentralasiatische Autoren nennen die Montan-Union (in Form einer Wasser-Energie-Union) oder auch die NAFTA (North Atlantic Free Trade Agreement),

69 Nicole J. Jackson, Sicherheitskooperation in Zentralasien. Der Kampf gegen Drogenhandel und Terrorismus, in: Machtmosaik Zentralasien, a.a.O., S. 357-367.

70 Esen Usubaliev auf FES-Konferenz 2008.

71 Dosym Satpaev auf FES-Konferenz 2008.

72 Alischer Fajizullaev auf FES-Konferenz 2008.

73 Uwe Halbach auf FES-Konferenz 2008.

74 Dosym Satpaev auf FES-Konferenz 2008.

75 Andrej Tschebotarjow, Iljas Karsakow, Besonderheiten der außenpolitischen Tätigkeit Kasachstans in Zentralasien: gegenwärtige Tendenzen und Perspektiven, in: Zentralasien: Der Blick nach Außen, a.a.O., S.218.

weil das Beispiel Mexiko zeige, dass in ihr auch schwächere Staaten profitieren.[76]

Die EU selber hat sich im Rahmen der Zentralasienstrategie der Förderung der regionalen Zusammenarbeit verschrieben. Mit zwiespältigem Erfolg: Der Staatsminister im Auswärtigen Amt Gernot Erler stellt fest, dass das Selbstverständnis der Länder Zentralasiens als Region und als Partner Europas spürbar zugenommen habe.[77] Zugleich wird aber beklagt, dass sich das fehlende Regionalbewusstsein der Staaten bei der Verwirklichung der Zentralasienstrategie als hinderlich erweise. Von zentralasiatischer Seite wird ein niedriger Maßstab angelegt wenn festgestellt wird, dass die Zentralasienstrategie die Kooperation schon allein dadurch fördere, dass sie Zentralasien als eine Region verstehe und damit nicht nur den Dialog Europa-Zentralasien fördere, sondern auch den zwischen zentralasiatischen Staaten.[78]

3.2 Die EU-Zentralasienstrategie

Die 2007 erarbeitete und verabschiedete Zentralasienstrategie der EU[79] ist der europäische Versuch, Bedrohungen von Stabilität und Sicherheit in Zentralasien gemeinsam mit den zentralasiatischen Partnern zu begegnen. Ausgangspunkt war der Gedanke, dass Stabilität in Zentralasien, betrachtet als Nachbar der Nachbarn, im europäischen Interesse ist (die jüngsten IMU-Verbindungen nach Deutschland sind der beste Beweis dafür) und außerdem Vorbildwirkung auf Afghanistan haben könnte. Von der westlichen Wahrnehmung der primär von Innen kommenden Stabilitätsrisiken und der Prämisse, dass demokratische Staaten (mit good governance und Beachtung der Menschenrechte) die stabileren sind, ausgehend, setzt sie besonders auf Unterstützungsangebote im innenpolitischen und sozioökonomischen Bereich.[80] Neben sicherheitspolitischen Interessen und Menschenrechtsengagement besteht aber auch ein europäisches Interesse an den Energieressourcen und dem sonstigen ökonomischen Potential der Region.

Die Realisierungsaussichten konnten als gut gelten, nicht nur weil die EU ihre Mittel für Zentralasien verdoppelt hat, sondern auch, so Gernot Erler, weil die EU nicht an den geopolitischen Machtspielen in Zentralasien beteiligt war und von daher einen Vertrauensvorschuss habe.[81] Allerdings hat sie aber auch den Nachteil, dass sie kein für Zentralasien wichtiger Akteur ist, China, die USA und Russland sind, wie gezeigt, von ungleich größerer Bedeutung. Und, das wird von zentralasiatischer Seite bis heute häufig kritisiert, die EU schwächt ihre Position noch zusätzlich, weil sie vor Ort zu wenig sichtbar ist und real auch nicht als einiger Akteur auftritt.

Die tatsächlichen Ergebnisse der Zentralasienstrategie nach knapp anderthalb Jahren vor allem deutscher Aktivität nennt Gernot Erler „ermutigend“,[82] die Zwischenbilanz sei erfolgreich, konkrete Leuchtturmprojekte seien identifiziert und angelaufen, es bestehe ein wachsendes Interesse und ein neue Qualität des Dialogs. Ähnlich urteilt auch der Fortschrittsbericht von EU-Rat und -Kommission vom Juni 2008.[83] Von zentralasiatischer Seite wird die Strategie ebenfalls meist grundsätzlich positiv bewertet, als durchdacht und ausgewogen, Ausdruck des Interesses an Zentralasien und des Willens zur Zusammenarbeit. Hervorgehoben wird auch der regionale wie bilaterale Ansatz.[84]

Im hier besonders interessierenden Sicherheitsbereich war die französische Präsidentschaft außerordentlich aktiv, mit dem sichtbaren Höhepunkt des Sicherheitsforums in Paris am 18. September 2008, an dem alle zentralasiatischen Staaten teilnahmen. Themen waren Terrorismus, Drogenhan-

---

76 Dosym Satpaev auf FES-Konferenz 2008.

77 Gernot Erler auf FES-Konferenz 2008.

78 Alischer Fajizullaev auf FES-Konferenz 2008.

79 http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien-Strategie-Text-D.pdf.

80 Themenbereiche sind: Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, verantwortliche Staatsführung und Demokratisierung; Jugend und Bildung; Förderung von Wirtschaftsentwicklung, Handel und Investitionen; Ausbau der Energie- und Verkehrsverbindungen; Umweltverträglichkeit und Wasser; Bewältigung gemeinsamer Bedrohungen und Herausforderungen; Interkultureller Dialog.

81 Gernot Erler auf FES-Konferenz 2008.

82 Gernot Erler auf FES-Konferenz 2008.

83 Joint Progress Report by the Council and the European Commission to the European Council on Implementation of the EU Central Asia Strategy, =http://ec.europa.eu/external_relations/central_asia/docs/progress_report_0608_en.pdf.

84 Alischer Fajizullaev auf FES-Konferenz 2008.

del und Energiesicherheit. Gerade im Bereich Sicherheit und seiner Verbindung mit dem Bereich Demokratie und Menschenrechte wird aber auch von mehreren Seiten Kritik am bisherigen Verlauf der Realisierung der Strategie geübt. Sogar der zuvor zitierte offizielle EU-Bericht vom Juni 2008,[83] der besonders Erfolge im Bereich der Bekämpfung transnationaler Sicherheitsrisiken hervorhebt, deutet im Bereich Demokratisierung/ Menschenrechte Defizite an. Und auch die Kritik westlicher Wissenschaftler bezieht sich vor allem auf diesen Problemkomplex. So kritisiert z. B. Alexander Warkotsch in seiner Bewertung des nach einem Jahr Erreichten den verengten Sicherheitsbegriff, der zu einer Herabminderung der westlichen Menschenrechts- und Demokratiewerte bei der Realisierung der Strategie geführt habe.[86] Ganz ähnlich auch Neil Melvin und Jos Boonstra,[87] die feststellen, dass die Sicherung des Zugangs zu zentralasiatischen Energieressourcen wie auch nach Afghanistan bislang Vorrang vor der Unterstützung beim Aufbau von Zivilgesellschaft und Rechtstaatlichkeit hatte. Das sehr enge Verständnis von Sicherheit und Stabilität sei problematisch. Das Thema Menschenrechte, so Melvin und Boonstra, dürfe nicht, wie bisher, abgekoppelt von anderen Punkten behandelt werden, sondern müsse zurück ins Herz der Strategie.

Die Bewertung von zentralasiatischer Seite ist uneinheitlich. Einerseits wird die enge Verknüpfung der europäischen und zentralasiatischen Sicherheitsinteressen genannt: „Die EU kann in großem Maße zur Sicherheit in Zentralasien beitragen, und Zentralasien kann eine wichtige Rolle für die Sicherheit der EU spielen."[88] Gerade die Themenkomplexe Sicherheit, Terrorismus und Afghanistan seien Bereiche, die für beide Seiten wichtig und daher erfolgversprechend seien. Ganz im Gegensatz dazu beklagt Azamat Toshev, dass die EU in der Frage der Sicherheit aktiv sei, das riesige Wirtschaftspotenzial Usbekistans aber nicht ausreichend beachte. Sein Land habe unter Berücksichtigung seiner geostrategischen Lage in der Region und der Welt eigene gesetzliche Maßnahmen zur Gewährleistung seiner inneren und äußeren Sicherheit ergriffen. Was ihm fehle seien ausländische Investitionen, Technologietransfer und Intensivierung des Handels als wichtige Faktoren zur Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in der Region.[89] Und der Tadschike Rustam Haidarow moniert nicht nur, dass die Strategie für sein Land 10–15 Jahre zu spät gekommen sei, um wesentliche Verbesserungen der wirtschaftlichen und politischen Situation zu bewirken, sondern vor allem, dass sie Prinzipien der Demokratie geo- und sicherheitspolitischen Interessen opfere, weil man heute mit den absolut nicht demokratischen Eliten zusammenarbeiten müsse.[90] Haidarow weist damit auf das gleiche Problem hin, wie seine westlichen Kollegen.

Ganz offensichtlich stellt sich die Verbindung von Punkten wie good governance und Menschenrechtsdialog in der Zentralasienstrategie – aber auch darüber hinaus – mit dem Punkt Sicherheit (Kampf gegen organisierte Kriminalität, internationaler Terrorismus, Drogenhandel) und anderen nationalen Interessen nicht nur für zentralasiatische Regime als Problem dar, sondern ist auch für die mit ihnen in Kontakt stehenden westlichen Regierungen nicht ganz ohne Tücken. Dabei besteht nach westlichem Verständnis, darauf weist Uwe Halbach ausdrücklich hin, eigentlich gar kein Spannungszustand zwischen Menschenrechten und Sicherheit und Stabilität. Menschenrechte sind nicht nur ein hehrer Wert, sondern von ganz praktischer sicherheitspolitischer Bedeutung. Nur wo Menschenrechte eingehalten werden, kann langfristig Sicherheit und Stabilität erreicht und bewahrt werden.[91] Das Problem der Energiesicherheit verbunden mit der aktuellen Notwendigkeit mit den zentralasiatischen Staaten und der Russischen Föderation eine längerfristige Lösung im Hinblick auf die Transportkorridore nach Afghanistan zu finden, lässt aber viele Beobachter nichts Gutes bzgl. der Erweiterung des Sicherheitsbegriffes erwarten.

---

85 Joint Progress Report a.a.O.

86 Alexander Warkotsch, Preis der Partnerschaft. Die Zentralasienstrategie der EU: Eine Bilanz, in: Osteuropa 58(2008)12, S. 81-91, hier S. 87f., 91.

87 Neil Melvin, Jos Boonstra, The EU Strategy for Central Asia @ Year One, in: EUCAM Policy Brief, No 1, October 2008, = http://www.eucentralasia.eu/files/1730.pdf, S. 3.

88 Alischer Fajizullaev auf FES-Konferenz 2008.

89 Azamat Toshev auf FES-Konferenz 2008.

90 Rustam Haidarow, Tadschikistan – EU. Probleme und Möglichkeiten der Zusammenarbeit, in: Zentralasien. Der Blick nach Außen, a.a.O., S. 365 f.

91 Uwe Halbach auf FES-Konferenz 2008.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass allgemeine Übereinstimmung zwischen Ost und West darin herrscht, dass die Situation in Afghanistan besorgniserregend ist, mehr als militärisches Engagement erfordert und jetzt gewaltige zivile Gestaltungsaufgaben bevorstehen. Genauso ist man sich darin einig, dass ein stabiles Afghanistan im Interesse der zentralasiatischen Staaten und Europas ist.

Ein stabiles Afghanistan ist noch in unvorstellbar weiter Ferne und würde abgesehen davon auch nicht alle Sicherheits- und Stabilitätsprobleme Zentralasiens aus der Welt schaffen. Dafür sind auch Veränderungen in Zentralasien selber erforderlich. Auch darin stimmen Ost und West grundsätzlich überein.

In welchem Maße aber die von Afghanistan ausgehenden Bedrohungen Zentralasien gefährden, wer oder was für die instabile Situation in Afghanistan sowie die Probleme Zentralasiens verantwortlich ist und welche konkreten Maßnahmen mit welchen Mitteln in Angriff genommen werden sollten, ist jedoch strittig.

Verständlicherweise fühlen sich Zentralasiaten unmittelbarer durch Afghanistan bedroht, als von weitem beobachtende westliche Experten. Das Gleiche gilt für die Einschätzung der Terrorgefahr. Aber auffällig in der Argumentation vieler Zentralasiaten ist doch: Schuld sind immer die anderen. Stabilitätsbedrohungen, ob nun extremistische Ideologien, Terroristen oder Drogen, kommen grundsätzlich von Außen. Und das nicht nur in Zentralasien, auch nach offizieller afghanischer Darstellung kamen z. B. islamistische Strömungen mit rückkehrenden Studenten aus Ägypten nach Afghanistan, Sowjets und Pakistanis destabilisierten das Land und die internationale Ablehnung des Taliban-Regime hat die Lage des Landes verschlechtert.[92] Auch wenn ganz besonders im Fall Afghanistans sicherlich niemand diese äußeren Einflüsse leugnen kann, muss man im Interesse einer Befriedung des Landes dennoch fragen, warum sie eine solche zerstörerische Wirkung entfalten konnten. Zur innerafghanischen Konfliktebene schweigt Farhad aber.[93] Gleiches gilt für Zentralasien. Auch auf die zentralasiatischen Staaten wirken äußere Herausforderungen und Bedrohungen ein, besonders im Falle eines so unruhigen Nachbarn wie Afghanistan, ob und wie sie aber Wirkung entfalten können, hängt auch von den inneren Verhältnissen ab, auf die sie treffen. Darüber jedoch sprechen ihre Führungslirkung entfalten könne

Unterschiedliche Werte und Kommunikationsstile werden auch deutlich, wenn ein offizieller usbekischer Vertreter in der Diskussion die OSZE für eine schwache Organisation hält, weil dort verschiedene Meinungen herrschen – im Gegensatz zur SCO, wo Konsensus herrsche und die daher arbeitsfähig sei.[99] Hier muss sich die zentralasiatische Seite fragen lassen, wie denn eine gleichberechtigte Diskussion, bei der der Westen zu Recht von Zentralasien angemahnte Fehler eingesteht und korrigiert, möglich sein soll, wenn schon Kompromisse, nicht zu reden von Eingeständnissen von Fehlern, von Vertretern aus Zentralasien als Zeichen von Schwäche interpretiert werden.

Gegenseitige Schuldzuweisungen bringen den Dialog genauso wenig weiter, wie das bei zentralasiatischen Hardlinern beliebte „Argument", westliche Ausländer könnten die Verhältnisse in ihren Ländern per se nicht verstehen, das ihnen die wirkliche Auseinandersetzung, sowohl mit der Kritik, als auch mit dem Kritisierenden erspart.

Ein weiterer Dialog ist wichtig, nicht nur um Unterschiede besser zu identifizieren, sondern vor allem, um sich einander anzunähern. Europa hat mit der Zentralasienstrategie ein Angebot gemacht. Von zentralasiatischer Seite ist Gesprächsbereitschaft zurzeit umso mehr vorhanden, als die Angst, von der internationalen Öffentlichkeit übersehen und vergessen zu werden, durch die globale Finanzkrise noch gestiegen ist. Es wird aber von beiden Seiten noch viel Geduld nötig sein, weniger auf der Ebene konkreter Projekte, als auf der Ebene der Werte. Dabei gilt: Dialog ist besser als kein Dialog, aber irgendwann muss er auch zu gemeinsamen Entscheidungen führen.[100]

99 Azamat Toshev auf FES-Konferenz 2008.
100 Alischer Fajizullaev auf FES-Konferenz 2008.

Abkürzungsverzeichnis

ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
BOMBAF	Border Management Programme in Badakhshan, Afghanistan
BOMCA	European Border Management Programme in Central Asia
CADAP	The European Union's Central Asia Drug Action Programme
CSTO	Collective Security Treaty Organization
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council
EU	Europäische Union
EurasEC	Eurasian Economic Community
FES	Friedrich Ebert Stiftung
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IMU	Islamic Movement of Uzbekistan (Islamische Bewegung Usbekistans)
IJU	Islamic Jihad Union (Islamische Dschihad Union)
ISI	Inter-Services Intelligence (Nachrichtendienst der pakistanischen Streitkräfte)
ISAF	International Security Assistance Force
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NATO	North Atlantic Treaty Organization
OEF	Operation Enduring Freedom
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
RF	Russische Föderation
SCO	Shanghai Cooperation Organization
UNDP	United Nations Development Programme
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime
UN	United Nations

Das Programm der Tagung

Stabilität und Sicherheit in Zentralasien unter der Berücksichtigung von Afghanistan

Veranstaltungsort:
Landesvertretung Bremen, Hiroshimastraße 24, 10785 Berlin, Großer Saal
www.landesvertretung.bremen.de

Konferenzsprachen:
Deutsch – Russisch – Englisch

PROGRAMM

Sonntag, 9. November 2008

19.00 Uhr **Empfang der deutsch-zentralasiatischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages**

Ort: Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin

Begrüßungworte

Hedi Wegener, MdB
Vorsitzende der deutsch-zentralasiatischen Parlamentariergruppe

Dr. Matthes Buhbe
Leiter des Referats Mittel- und Osteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung

Montag, 10. November 2008

9.00 Uhr **Begrüßung**
Pia Bungarten
Leiterin der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

9.10 Uhr *Hedi Wegener, MdB*
Vorsitzende der deutsch-zentralasiatischen Parlamentariergruppe, Berlin

Panel 1:
Stabilität als Schlüssel zu Frieden und Entwicklung

Moderation: *Dr. Beate Eschment*, Herausgeberin Zentralasienanalysen, Berlin

9.20 Uhr **Was zeichnet Stabilität aus, die Entwicklungschancen stärkt und Krisenanfälligkeit minimiert?**
Impulsreferat von
Dr. Jörn Grävingholt
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

9.30 Uhr **Regionale Herausforderungen und Hindernisse der zentralasiatischen Staaten auf dem Weg zur Stabilität**
Dr. Dosym Satpaev
Risk Assessment Group, Almaty
Dr. Esen Usubaliev
interparlamentarische Versammlung der GUS, Bischkek
Dr. Azamat Toshev
Usbekisches Institut für Strategische Studien, Taschkent

10.00 Uhr **Stabilitätspolitik in Zentralasien im Rahmen der Anti-Terror-Allianz**
Dr. Uwe Halbach
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

10.10 Uhr Diskussion

10.45 Uhr Kaffeepause

Panel 2:
Die Bedeutung von Afghanistan für die sicherheitspolitische Stabilität in Zentralasien

Moderation: *Dr. Behrooz Abdolvand,* Freie Universität Berlin

11.15 Uhr **Export von Dschihad und Islamismus – eine Gefahr für die Stabilität von Zentralasien?**
Farhadullah Farhad
Office of Administration Affairs and Secretariat of Ministers' Council,
Office of the President of Afghanistan, Kabul
Dr. Ismoil Rachmatov
slawisch-tadschikisch-russische Universität Duschanbe

11.35 Uhr **Die Rolle Afghanistans für Sicherheit und Stabilität in Zentralasien aus der Perspektive Pakistans**
Rustam Shah Mohmand
Berater der Pakistanisch- Afghanischen Peace Jirga Commission,
ehemaliger pakistanischen Botschafter in Kabul

Import von Drogen und organisierter Kriminalität – eine Gefahr für die Stabilität Zentralasiens?
Atai Moldobaev
Institut für Strategische Analyse und Prognosen, Bischkek

12.00 Uhr Diskussion

12.45 Uhr Mittagessen

Panel 3:
Die EU als Kooperationspartner beim Aufbau von Stabilität und Sicherheit in Zentralasien

Moderation: *Dr. Andrea Schmitz*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

14.00 Uhr **Stabilitätsförderung im Rahmen der EU-Zentralasienstrategie: eine Zwischenbilanz**
Gernot Erler, MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt, Berlin

14.15 Uhr **Die Europäische Unterstützung beim Aufbau von Stabilität und Sicherheit aus zentralasiatischer Perspektive**
Prof. Alischer Fajizullaev
Botschafter a.D., Universität für Weltwirtschaft und Diplomatie, Taschkent

14.30 Uhr Diskussion

15.00 Uhr Kaffeepause

Panel 4:
Moderne Grenzen als Beitrag für Stabilität in Zentralasien

Moderation: *Prof. Dr. Wulf Lapins*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Zentralasien

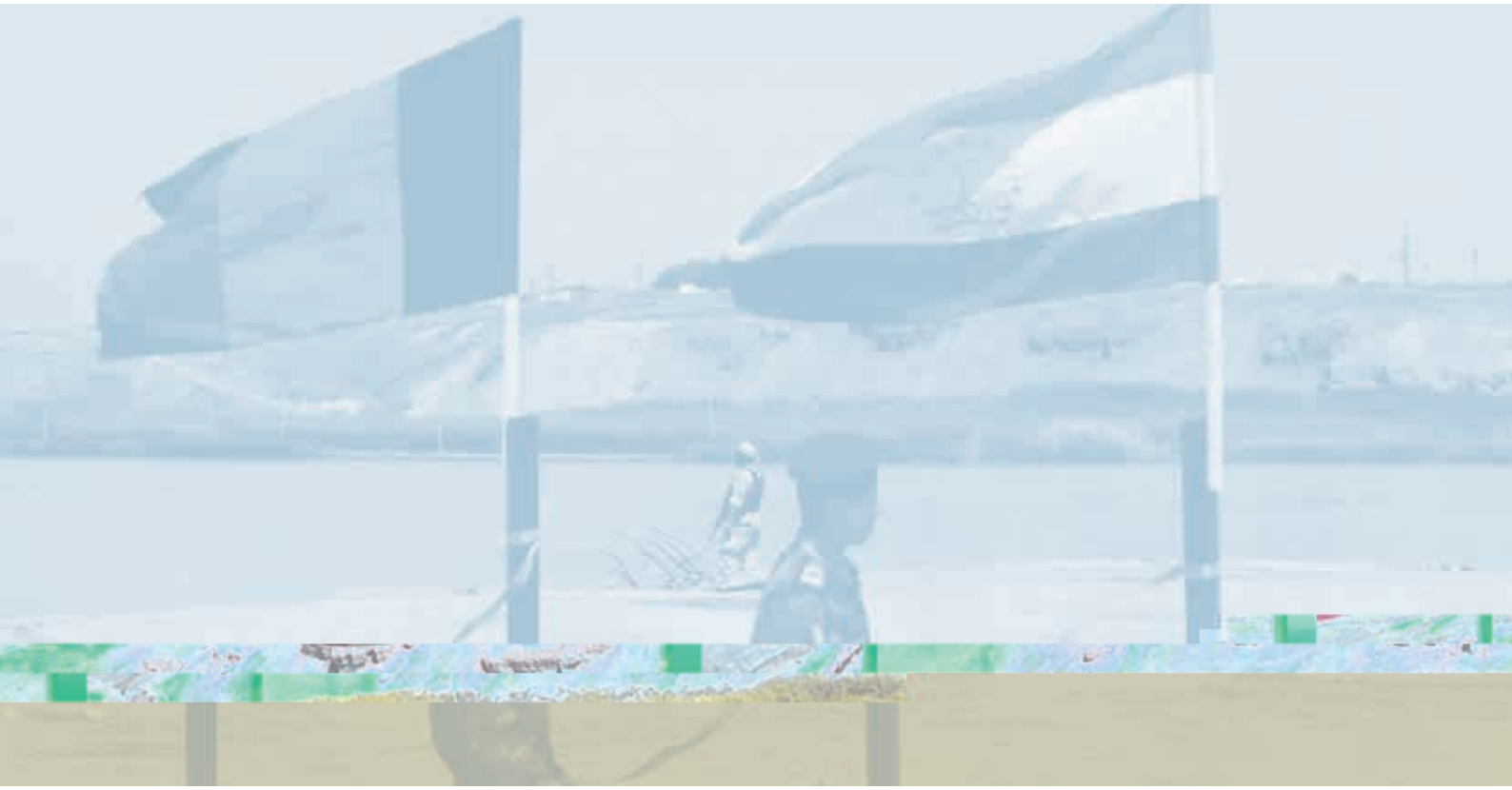
15.30 Uhr **Grenzregime und Grenzmanagement in Zentralasien**
Dr. Qosimscho Iskandarov
Institut für Orientalistik, Duschanbe
Burikhan Nurmukhamedow
Institut für nationale Studien, Almaty

15.50 Uhr **Europäische Unterstützung beim Grenzmanagement in Zentralasien**
Richard Lewington
BOMCA, Duschanbe

16.00 Uhr Diskussion

16.45 Uhr **Zusammenfassung der Konferenz**
Prof. Dr. Jörg Calließ
Technische Universität Braunschweig

17.00 Uhr Ende der Konferenz



ISBN 978-3-86872-148-5